

Koalitionsvertrag: Für einen politischen AStA



Campus**Grün**



pirat*inn*en
und offene liste



2012/13

Die **Geisteswissenschaften**
Liste

Stand: Donnerstag, 26. April 2012 – 0:00 Uhr

Koalitionsvertrag für einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) von CampusGrün, Regenbogen/Alternative Linke, SDS*, die Geisteswissenschaften Liste und pirat*inn*en und offene liste.

Weitere diesem Programm zustimmende Parlamentarier*Innen sind eingeladen, dieses zu unterstützen und für einen politischen AStA zu stimmen.

Inhalt:

Präambel	2 - 3
Arbeitsweise	4 - 7
Team und Personal	8
Gleichstellung und Antidiskriminierung	9 - 11
Politische Bildung, kritische Wissenschaft und Kultur	12 - 14
Ökologie und Nachhaltigkeit	15 - 17
Soziales und Soziale Bewegung	18 - 19
Hochschulpolitik	20 - 27
Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz	28 - 29



Präambel

Die hochschulpolitischen Listen CampusGrün, Regenbogen/AL, SDS, GeiWi und die pirat*inn*en und offene liste an der Universität Hamburg stellen im Folgenden ihren Koalitionsvertrag für einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) vor.

Wir sehen den AStA als progressiven Akteur an der Uni, in der Stadt und der Gesellschaft. Wir verstehen uns als bewegungsorientiert und streben eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteur*Innen an, die ähnliche Anliegen wie wir verfolgen. Unsere politische Verantwortung werden wir engagiert wahrnehmen.

Der Politische Senat der Stadt Hamburg setzt die Prioritäten nicht auf Bildung, Kultur und Soziales und finanziert die Universität nicht voll aus. Daher verstehen wir uns auf Grundlage dieses Papiers als Teil der außerparlamentarischen Opposition zum Senat.

Wir sehen die Universität als Teil der Gesellschaft und beziehen uns positiv auf historische und gegenwärtige, studentische Forderungen nach einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Der neue AStA wird sich zur Aufgabe machen, nicht nur Hochschulpolitik für Studierende sondern vor allem gemeinsam mit ihnen zu gestalten.

An der Universität gibt es verschiedene Ebenen der studentischen Mitbestimmung, der AStA ist Teil dieser Struktur. Mitstudierende sind in verschiedensten Zusammenhängen aktiv. Wir wollen uns deshalb insbesondere dafür einsetzen, an Rahmenbedingungen für ein breiteres hochschulpolitisches Engagement der Studierendenschaft mitzuarbeiten. Die studentischen Interessen sollen in Diskussion mit Mitstudierenden entworfen und/oder weiterentwickelt werden. Mitbestimmung als aktive, gemeinsame Interessenvertretung statt Fremdbestimmung und Dienstleistungsmentalität soll das leitende Motiv dieser Koalition sein.

Dies gilt nicht nur für die Ebene der politischen Teilhabe in der Stadt, sondern umfasst auch direkte Aktionen aller Beteiligten am Campus. Dafür ist das Informieren über aktuelle hochschulpolitische Auseinandersetzungen von großer Bedeutung.

Wir kämpfen für eine Studienstruktur, die wieder Platz lässt, politische Verantwortung aktiv wahrzunehmen. Als AStA-Koalition möchten wir zeigen, wie es Freude bringen kann, sich zusammenschließen und für Verbesserungen zu wirken. Hierzu gehört für uns unter anderem, die Zusammenarbeit von AStA, Fachschaftsräten, StuPa, studentischen Initiativen und anderen Engagierten sowie nicht-studentischer Mitgliedergruppen der Universität zu fördern und gemeinsam mit allen weiterzuentwickeln.

Unsere Leitlinien: Wichtig ist die aktive Auseinandersetzung mit der Ökonomisierung der Universität, die Bildung als Ware handelt. Wir setzen uns für die Demokratisierung der Universität ein. Die demokratische Partizipation aller Universitätsmitglieder muss umfassend erkämpft werden. Der AStA steigt in die breite öffentliche Diskussion um die bevorstehende Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes ein und sucht dafür das Gespräch mit Mitgliedergruppen der Hamburger Hochschulen. Außerdem wollen wir uns für eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Universität und für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte einsetzen. Die Service- und Beratungsangebote werden von unserer Koalition kritisch weiterentwickelt.

Unsere Ziele werden von uns transparent und partizipativ diskutiert und umgesetzt. Die Koalitionslisten nutzen das StuPa als demokratisches Diskussionsforum. Dies beinhaltet ausdrücklich auch eine

faire und sachliche Zusammenarbeit mit der Opposition im Studierendenparlament und eine offene Diskussionskultur, die politische Inhalte stets vor politisches Kalkül stellt.

Unsere gesellschaftspolitischen Analysen und Positionierungen bilden das Spektrum von antikapitalistisch, über kapitalismuskritisch bis wachstumskritisch ab. Widersprüche innerhalb dieser Koalition werden während der Legislatur weiterdiskutiert. Damit praktizieren wir einen offenen Umgang.

Auf Grundlage dieses Papiers, das einen Kompromiss zwischen den Hochschulgruppen darstellt, verstehen wir unsere Positionen in einem dynamischen Prozess, die sich in Diskussionen weiterentwickeln und verändern können.

Arbeitsweise

Studierendenparlament (StuPa)

Die Koalitionslisten nutzen das StuPa als demokratisches Diskussionsforum und entwickeln aus der demokratischen Debatte heraus ihre Arbeit. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass die Kommunikationssituation im Studierendenparlament immer von Herrschaft geprägt ist, möchten wir durch unser Handeln dazu beitragen, mehr Raum und Zeit für eine möglichst herrschaftsfreie Kommunikation¹ zu bieten. Die AStA-tragenden Gruppen treten für weitestgehende Transparenz gegenüber dem Studierendenparlament ein und werden die Rechte des Parlamentes im Allgemeinen und der Opposition im Besonderen achten. Referent*Innen sind beim Rechenschaftsbericht des AStA sowie bei Anträgen, die ihren Themenbereich betreffen, grundsätzlich anwesend und legen ihre Arbeitsweise sowie ihre Themen im Parlament offen. Anträge, die im Parlament beschlossen wurden, werden von den betreffenden Referent*Innen möglichst zeitnah umgesetzt.

Bei der Arbeit im Parlament gehen die Fraktionen gemeinschaftlich vor und stimmen sich eng untereinander ab. Sie stimmen bei der Wahl des AStAs, bei Fragen zum Haushalt und zu den Finanzen sowie zu in diesem Vertrag geregelten Punkten grundsätzlich gemeinsam ab. Zu anderen Themen sollen Entscheidungen im Parlament von den AStA-tragenden Fraktionen gemeinschaftlich vorbesprochen und untereinander abgestimmt werden. Vorherige Absprachen werden eingehalten, auf dynamische Entwicklungen im Parlament muss jedoch reagiert werden. Die einzelnen Fraktionen der Koalition können als Einzellisten Anträge stellen. Diese werden den anderen Anträgen gleichgestellt im StuPa behandelt.

StuPa-Sitzungen sollen alle zwei Wochen stattfinden und öffentlich angekündigt werden. Um möglichst allen Menschen die Chance zu bieten, trotz beruflicher und infrastruktureller Zwänge an der gesamten StuPa-Sitzung teilnehmen zu können, sollen Sitzungen deshalb regelhaft bis spätestens 24 Uhr dauern. Die konstituierende Sitzung sowie die Haushaltssitzungen sind davon ausgenommen. Wir streben an, diese Regelung in der Geschäftsordnung (GO) des StuPas festzuschreiben. Bis dahin verpflichten sich die Koalitionslisten, durch pünktliches Erscheinen, konzentrierte Arbeitsatmosphäre sowie eine möglichst gleichberechtigte Kommunikation für die Einhaltung dieser Regelung zu sorgen. Auch kann ein Abbruch der Sitzung im Konsens der Listen, in Absprache mit der Opposition, sinnvoll sein. Inhalte sollen jedoch in jedem Fall vor dem Zeitargument stehen.

Das StuPa-Präsidium sollte die Tagesordnung themenbezogen und nicht nach Eingangszeit der Anträge zusammenstellen und Tagesordnung und Anträge vor der Sitzung des Studierendenparlamentes auf der eigenen Homepage hochladen.

Durch eine Evaluation der bisherigen Internetpräsenz verbessert das Präsidium seinen Online-Auftritt. Es macht die bereits gefilmten und zukünftigen Sitzungen des Studierendenparlamentes im Internet unverzüglich zugänglich. Nach den Sitzungen schreibt das Präsidium zeitnah, spätestens aber mit einer Verzögerung von drei Tagen, einen Kurzbericht über angenommene und abgelehnte Anträge und veröffentlicht diesen online.

Eine funktionierende und konsequente Berichterstattung aus dem Studierendenparlament stärkt die Legitimation der Organe der Verfassten Studierendenschaft. Dazu informiert das Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz universitätsinterne Berichterstatter*Innen wie zum Beispiel UniTV über anstehende StuPa-Sitzungen und deren Inhalte. Zudem informiert es selbst regelmäßig über Sitzungsentwicklungen.

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Alle **Mitglieder des AStA** sind untereinander gleichgestellt bezogen auf ihre politischen Mitwirkungsrechte. Ausnahmen bilden u.a. die Abstimmungsberechtigung in der AStA-Sitzung sowie die Zeichnungsberechtigung in Finanzfragen, die Referent*Innen und dem Vorstand obliegen. Die drei Mitglieder des AStA-Vorstands arbeiten gleichberechtigt.

Die **Mitglieder des Vorstands** vertreten die studentischen Interessen sowohl innerhalb der Universität als auch nach außen. Sie koordinieren die Arbeit des AStA und sind rechtlich für alle Aktivitäten verantwortlich. Bei der täglichen Arbeit des AStA kümmern sie sich um den organisatorischen Ablauf sowie das Personal.

Neben diesen allgemeinen, administrativen und repräsentativen Aufgaben gehören weitere in den Tätigkeitsbereich der Mitglieder des AStA-Vorstands:

- Vertretung der Studierendenschaft gegenüber Akteur*Innen der Universität und der Politik
- Vernetzung mit aktiven Gruppen und Einzelpersonen
- Auftreten als Sprecher*Innen gegenüber den Medien, sofern nicht einzelne Referent*Innen für ihre Themen sprechen wollen. Bei kurzfristigen Presseanfragen genießen sie das Vertrauen der restlichen AStA-Mitglieder.
- Ablegen des Rechenschaftsberichts vor dem Studierendenparlament und Ansprechpartner*In des StuPa-Präsidiums
- Organisation und Leitung der AStA-Sitzungen
- Vertretung in der Landes-ASten-Konferenz

Als zentrales Organ zur Koordination der Referate behalten die Mitglieder des Vorstands in allen Arbeitsbereichen des AStA den Überblick über Projekte und Arbeitsabläufe. Sie sind dabei insbesondere dafür verantwortlich, dass das Arbeitsprogramm der AStA-Koalition umgesetzt wird. Zu den administrativen Aufgaben, die das Finanzreferat betreut, gehören eine ordnungsgemäße Buchhaltung, Kassenführung sowie die Überwachung der Einhaltung des Haushalts.

Die*der Finanzreferent*In wird nach ihrem*seinem Ermessen durch eine von der AStA Sitzung gewählte Projektkraft unterstützt.

AStA-Sitzungen finden während der Vorlesungszeit einmal pro Woche statt, außerhalb der Vorlesungszeit alle zwei Wochen. Sie tagen in der Regel öffentlich. Ausnahmen sind dabei Abstimmung und Diskussionen von Härtefällen sowie Personalangelegenheiten. Es besteht die Möglichkeit, jederzeit ein Frauenplenum einzuberufen. Die Einberufung eines Frauenplenums entspricht einem aufschiebenden Veto.

Ein aufschiebendes Veto bedeutet die Vertagung einer Abstimmung bis nach der Tagung eines Frauenplenums bzw. eines Koalitionsausschusses. Das Veto kann von einer an der Koalition beteiligten Gruppe oder von einer Frau* ausgesprochen werden.

Alle sechs bis acht Wochen findet ein **Plenum aller Koalitionslisten** statt. Hierbei ist jedes Mitglied der Koalitionslisten anwesenheits- und redeberechtigt. Es wird über Themen und Zielsetzungen des AStA diskutiert und ein Meinungsbild erstellt.

Einmal wöchentlich tagen während der Vorlesungszeit, außerhalb der Vorlesungszeit alle zwei Wochen, die **Referent*Innenrunden**. Mitglieder und damit teilnahmeberechtigt sind die jeweiligen Referent*Innen der AStA-Referate oder von diesen im Vorfeld benannte Vertretungen. Inhalt dieser Runden ist der inhaltliche Austausch über die Arbeit der Referate und das Ausloten von

Kooperationsmöglichkeiten. Der Schwerpunkt der Runde liegt auf der Organisation der Referate und der Zusammenarbeit. Eine Zusammenfassung der auf diesen Treffen vorgestellten Informationen sollte im Voraus bereits von jedem Referat an den Vorstand und das Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz kommuniziert werden.

Im AStA werden die in „Team und Personalia“ aufgeführten Referate eingerichtet. Das Tagesgeschäft wird vom AStA selbstständig geführt. Der AStA arbeitet konsensorientiert. Sollte in wesentlichen Fragen keine Einstimmigkeit erzielt werden können, so kann diese Frage von jedem Koalitionspartner in den **Koalitionsausschuss** verwiesen werden. Für den Fall, dass schwerwiegende Unstimmigkeiten oder unvorhergesehene Personalangelegenheiten (z.B. Wechsel von Referent*Innen) auftreten, wird ein Koalitionsausschuss als Schlichtungsinstanz gebildet. Der Koalitionsausschuss tritt auf Wunsch einer*s Koalitionspartner*In zusammen und soll mindestens 7 Tage im Voraus eingeladen werden. Jede*r Koalitionspartner*In kann mit harter Quotierung zwei Mitglieder entsenden. Die Mitglieder des Koalitionsausschusses sollen nicht dem AStA angehören. Mitglieder des AStA können bei Bedarf hinzugebeten werden.

Der AStA orientiert sich perspektivisch am Einsatz nicht-proprietärer Software. Bereits erworbene Lizenzen sollen weiter genutzt werden. Vor der Anschaffung lizenzierter Software prüfen die Mitarbeiter*Innen im AStA, ob vergleichbare quelloffene und freie Alternativen eingesetzt werden können.

Als Interessenvertretung der Studierenden ist dem AStA wichtig, dass seine Arbeit als legitim angesehen und nachvollzogen werden kann. Aus diesem Grund wird der AStA den Koalitionsvertrag in akustischer Form im Internet abrufbar machen. Hiermit wollen wir einen ersten Schritt in Richtung Barrierefreiheit tun.

Bei relevanten Belangen kann der AStA Vollversammlungen einberufen, um gemeinsam mit den Studierenden Probleme zu diskutieren und Lösungswege zu erarbeiten. Die Vollversammlungen werden zudem dazu genutzt, Studierende über neue wichtige Entwicklungen zu informieren.

Urabstimmungen stellen in der Verfassten Studierendenschaft eine basisdemokratische Entscheidungsgrundlage dar und können dabei helfen, Entscheidungen über auf Vollversammlungen diskutierte Themen zu treffen. Der AStA lädt über verschiedene Informationskanäle zu den Vollversammlungen ein. Andere Versammlungen kann der AStA ebenfalls initiieren und unterstützend mobilisieren.

Bei Unrechtssituationen betont der AStA sein moralisches Recht auf Partizipation im Zusammenhang mit verschiedenen bunten, kreativen und interventionistischen Protestformen und bezieht sich dabei positiv auf zivilen Ungehorsam und Streikrecht.

Der AStA verhält sich parteipolitisch neutral. Er wird keine Wahlempfehlungen für oder gegen bestimmte Parteien aussprechen. Das Recht, inhaltliche Kritik an Positionen einzelner Parteien zu üben, bleibt davon unberührt.

Politisches Mandat

Eine starke politische Interessensvertretung kommt nicht ohne politisches Mandat aus. Der AStA fordert das allgemeinpolitische Mandat für die Verfassten Studierendenschaften in Hamburg zurück, um sich im Rahmen einer gesellschaftlichen Mitverantwortung im Namen der Personengruppe der Studierenden zu allgemeinpolitischen Themen äußern zu können. Da Studierende Teil der Gesellschaft sind und nicht parallel zu ihr existieren, sind für sie nicht nur hochschulpolitische Fragestellungen von Bedeutung. Gerade da sich die Universität Hamburg als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Wissenschaft auffasst, muss es auch den Studierenden erlaubt sein, gesellschaftliche Fragestellungen an den Hochschulen anzustoßen. Das heißt für uns, dass wir uns kritisch und kämpferisch für die Zurückeroberung des politischen Mandats einsetzen, ohne jedoch die Gelder der Studierenden in Gefahr zu bringen.

Team und Personalia

Teilautonome Referate:

- Queer
- Frauen*
- RBCS
- IRef²

Referate:

- Vorstand und Finanzen³ (3)
 - Vorstand
 - Vorstand
 - Vorstand
- Soziales und Soziale Bewegung (1)
 - Referent*In für Soziales und Soziale Bewegung
- Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz (1)
 - Referent*In für Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz
- Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit (1)
 - Referent*In für Ökologie und Nachhaltigkeit
- Referat für Gleichstellung und Antidiskriminierung (1)
 - Referent*In für Gleichstellung und Antidiskriminierung
- Referat für Hochschulpolitik⁴ (2,5)
 - Referent*In für Hochschulpolitik
 - Referent*In für Hochschulpolitik
 - Referent*In für Hochschulpolitik und Gremienvernetzung
- Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft⁵ (1,5)
 - Referent*In für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft
 - Referent*In für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft

Gleichstellung und Antidiskriminierung

Diskriminierungen sind leider ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie finden alltäglich, jederzeit und überall statt, auch an unserer Universität und in der Studierendenschaft. Der AStA macht es sich zur Aufgabe, die Diskriminierungsstruktur zu hinterfragen, zu analysieren und zu bekämpfen. Sowohl nach außen als auch nach innen soll dieses Vorhaben wirken. Gegen die Spaltungsversuche in Kategorien wie z.B. Herkunft, Pass oder Geschlecht wollen wir aktiv vorgehen, da konstruierte Kategorien versuchen, soziale Ungleichheiten und Privilegien zu legitimieren und zu manifestieren. Dieser Kategorisierung möchte der AStA Solidarität entgegensetzen und aktiv für ein gleichgestelltes Miteinander wirken. Ungleichheiten und daraus resultierende Privilegien müssen hinterfragt, bekämpft und aufgelöst werden.

Der AStA hat den Anspruch antidiskriminierend zu agieren.

Wissenschaftsbezug

Die westliche Wissenschaft ist geprägt von weißen, männlichen Dominanzen und findet in einer (post-)kolonialen Gesellschaft statt. Die leitende Forschung, die konstruierte Anonymität und dadurch fehlende Transparenz des wissenschaftlichen Diskurses, die Macht- und Kommunikationsstrukturen und die Reproduktion der wissenschaftlichen Kultur hängen mit der gesellschaftlich privilegierten Position des weißen Mannes zusammen. Diese Zusammenhänge müssen hinterfragt, kritisiert und bekämpft werden. Der AStA möchte die Studierendenschaft für sie sensibilisieren.

Dies ist in enger Zusammenarbeit mit dem Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft auch Bestandteil der Arbeit des Referats für Gleichstellung und Antidiskriminierung. Ein Aspekt dabei ist die Kolonialgeschichte der Uni Hamburg.

Teilautonomie

Im AStA besteht das Verständnis von Teilautonomie aus zwei Ebenen: In den teilautonomen Referaten können Stimmen von Menschen, die aufgrund der diskriminierenden Gesellschaftsstruktur von der politischen Partizipation vermehrt ausgeschlossen werden, gestärkt werden. So können sie zu universitären und gesellschaftlichen Problemen eine weitere Perspektive in die Diskussion einbringen. Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass der AStA Themen auf die teilautonomen Referate abschiebt. Außerdem organisieren sich Menschen in den teilautonomen Referaten, um Diskriminierungen zu bekämpfen, die sie betreffen.

Aus dieser Auffassung ergibt sich, dass der AStA keinen (inhaltlichen) Einfluss auf die politische Ausrichtung und Arbeit der teilautonomen Referate ausübt. Eine anregende und kritische Diskussion wird aber ständig gesucht.

Die drei teilautonomen Referate RBCS, Queerreferat und Internationalismus-Referat (RIS) bleiben satzungsgemäß bestehen. In Zusammenarbeit mit dem AStA werden alle drei teilautonomen Referate gleich behandelt. Eingriffe des AStAs in Belange teilautonomer Referate, wie Namensgebung oder inhaltliche Ausrichtung, halten wir für falsch. Daher wollen wir die Zusammenarbeit mit und das Verhältnis zu den teilautonomen Referaten kritisch reflektieren und in Kooperation eine neue Basis der Zusammenarbeit finden, um beispielsweise bei Wunsch des Referats die formale Benennung des Internationalismus Referats korrigieren zu können. Die öffentliche Nennung soll die selbstgewählte Bezeichnung des Referats sein.

Das Referat für Gleichstellung und Antidiskriminierung regt die Vernetzung der teilautonomen Referate weiter an. Die teilautonomen Referate finden im AStA Unterstützung, um Wahlen ihrer Referent*Innen und Vollversammlungen öffentlich anzukündigen und satzungsgemäß durchzuführen. Eine größere Öffentlichkeit und Transparenz der Wahlen wird angestrebt.

Frauen*/Gender-Politik

Die Konstruktion von zwei Geschlechtern manifestiert Ungleichheit und Diskriminierung in unserer Gesellschaft und in unserem Zusammenleben. Frauen* sind in der Gesellschaft und somit auch an der Universität von Diskriminierung und Ausschlüssen betroffen. Dagegen gilt es gemeinsam aktiv vorzugehen.

Darum wird die Diskussion über diese Thematik im AStA, der Verfassten Studierendenschaft und auf dem Campus weiter angeregt. Dazu arbeitet das Referat für Gleichstellung und Antidiskriminierung eng mit anderen Referaten, dem Zentrum GenderWissen und sowohl universitären als auch städtischen Initiativen und Gruppen zusammen.

Weiter unterstützt der AStA die Gruppe Frauen*AG in ihren Belangen und Forderungen. Der AStA fordert die Wiedereinführung des teilautonomen Referats für Frauen*. Bis zur Satzungsverankerung des teilautonomen Referats für Frauen* richtet der AStA das Referat politisch ein, was Bereitstellung von Infrastruktur, Finanzierung und Unterstützung beinhaltet.

Auch die Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der Uni Hamburg wird gesucht bzw. kritisch begleitet. An den Leitlinien der Uni zur Gleichstellung arbeitet das Referat mit. Die Wiedereinführung des Studiengangs „Gender und Queer Studies“ wird vom AStA gefordert und an der Auseinandersetzung dazu aktiv partizipiert.

Wir setzen uns für einen barrierefreien Frauen*raum mit guter Arbeitsatmosphäre an der Uni Hamburg ein.

Außerdem engagiert sich der AStA gegen die Operationen von neugeborenen intersexuellen Menschen, insbesondere am UKE, und strebt daher eine Zusammenarbeit mit studentischen Initiativen wie der AG QueerStudies an. Dabei soll auch die historische Verantwortung des UKEs unter anderem bei der Frage des Umgangs mit intersexuellen Menschen kritisch aufgearbeitet werden.

Wir haben den Anspruch Sexismen aufzudecken und ständig sowohl nach innen als auch nach außen antisexistisch zu agieren.

Antifaschismus

Der AStA positioniert sich, auch durch sein Handeln, klar gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und faschistische Strukturen inner- und außerhalb der Universität. Im Bewusstsein der historischen Verantwortung, resultierend aus dem Nationalsozialismus und dem unvergleichlichen Grauen der Shoa, stellen wir uns entschlossen allen entgegen, die den Faschismus relativieren oder gar offen als wünschenswert proklamieren. Antifaschismus umfasst auch das Engagement für Bedingungen, die den Faschismus unmöglich machen oder mindestens erschweren. Dafür arbeitet der AStA mit Initiativen und Bündnissen zusammen, die das gleiche Anliegen verfolgen, wie beispielsweise die Arbeit gegen den Tag der deutschen Zukunft im Juni in Hamburg. Außerdem wehren wir uns gegen jede Verharmlosung neofaschistischen Gedankenguts sowie generelle Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten. Desweiteren lehnen wir die Extremismus-Theorie ab. Unsere Unterstützung gilt den Menschen, die sich antifaschistisch organisieren.

Antirassismus

Rassistische Diskriminierungen und Ausschlüsse sind fester Bestandteil des Alltags und der Gesellschaftsstrukturen. Rassismus verstehen wir als Zusammenspiel von rassistischem Wissen und Macht, das auf allen Ebenen wirkt. Dem AStA ist bewusst, dass sich Rassismus nicht allein am rechten Rand, sondern überall in der Gesellschaft finden lässt. Die machtvollen Positionen von weißen Menschen in einer weiß dominierten Gesellschaft gilt es sich zu vergegenwärtigen und zu reflektieren. Der anti-

rassistische Anspruch an die AStA-Arbeit soll also auch in den AStA hinein wirken. Weiter macht der AStA sich zur Aufgabe, den antirassistischen Diskurs und antirassistische Arbeit auf dem Campus zu stärken. Mit der paternalistischen Politik von weißen Menschen wollen wir brechen. Vor allem weiße AStA-Mitglieder setzen sich mit ihrer eigenen privilegierten Stellung, der Thematik Antirassismus und Critical Whiteness auseinander.

Auf Basis des StuPa-Beschlusses vom 27.01.11 klärt der AStA über die unmenschlichen Altersfeststellungen im Rahmen des rassistischen Asylverfahrens auf, die am Institut für Rechtsmedizin durchgeführt werden und fordert das Verbot des Verfahrens.

Burschenschaften

Der AStA kritisiert Verbindungen für ihr antiemanzipatorisches, autoritäres und sexistisches Weltbild. Vor allem in Burschenschaften findet sich häufig nationalistisches und rassistisches Gedankengut. Die soziale Funktion von elitären Netzwerken muss hierbei ebenso aufgedeckt und kritisiert werden. Der AStA möchte über Organisationsformen, ideologische Ausrichtung und Machenschaften der Burschenschaften in Hamburg aufklären. In welcher Form das passiert, diskutieren wir kritisch.

Internationales

Die AStA-Arbeit ist auf die internationale Solidarität ausgerichtet. Der "internationale" Aspekt muss auf Kooperation und Zusammenarbeit ausgerichtet sein und darf nicht auf Konkurrenz hinwirken. Wir stellen uns gegen den wettkampfgeprägten internationalen Austausch, der darauf beruht, eigene Vorteile aus der Zusammenarbeit zu ziehen. Stattdessen wollen wir auf ein solidarisches Miteinander hinwirken. Zur Vernetzung mit Gruppen und Initiativen in- und außerhalb der Uni dient dies als Grundlage.

Barrierefreiheit

Allen Mitgliedern der Universität muss es ermöglicht werden, ihren Alltag auf dem Campus unbeschwert bewältigen zu können. Hierzu gehört die Umsetzung der Zugänglichkeit zu allen Räumlichkeiten und Informationen sowie die Einführung alternativer Lehr- und Lernkonzepte, wie Online-Seminare, das Aufzeichnen von Veranstaltungen, die Visualisierung von Lerninhalten, usw. Hier steht die gesamte Universität in der Verantwortung, für ein uneingeschränktes Leben und Studieren auf dem Campus zu sorgen. Der AStA wirkt darauf hin, dass die Barrierefreiheit an der Uni verbessert wird und bei baulichen Entwicklungen mitgedacht wird.

Soziale Öffnung

Das deutsche Bildungssystem ist stark sozial selektiv. Der Zugang zur Bildung ist von Elternhaus und Geldbeutel abhängig. Wir nehmen uns für diese Legislatur vor, das Thema "Soziale Selektion" stärker in unserer Arbeit, auf dem Campus und unter den Studierenden in Diskussion zu bringen. Dafür arbeiten wir mit dem Verein ArbeiterKind e.V. zusammen, um Beratung von Studierenden, die in ihrer Familie als eine von wenigen Personen ein Hochschulstudium aufgenommen haben, auch an der Uni HH anbieten zu können. Wir erkennen aber auch die Grenzen des Vereins, deswegen wollen wir uns auf politischer Ebene für die soziale Öffnung der Hochschule und Chancengleichheit im Bildungssystem einsetzen. Für beide Anliegen suchen wir den Austausch mit Studierenden, die aus sogenannten Arbeiter*Innenfamilien kommen.

Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft

Verständnis von Kultur-Arbeit

Für uns ist Kultur in Form von Veranstaltungen und Programmen mehr als Zerstreuung nach einem langen Arbeitstag, mehr als ein Ausgleich zum konkurrenzhaften, druckbelasteten Alltag. Kultur kann Ansatzpunkt politischer Bildung oder Ausdruck kreativen Protestes sein. Ziel der AStA-Kulturarbeit ist vorrangig die Förderung von Projekten, Initiativen und Gruppen, die aus der Studierendenschaft heraus tätig werden. Unter anderem hierfür ist der Initiativentopf da, welcher stärker bekannt gemacht werden soll.

Grundsätzlich streben wir eine autarke Infrastruktur für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen an, ggf. auch durch Anschaffung technischen Equipments.

Veranstaltungen, die vom AStA, in welcher Art auch immer, unterstützt werden, dürfen nicht rassistisch, faschistisch, sexistisch, homophob, suchtfördernd, rein auf Konkurrenz, unökologisch oder profitorientiert ausgerichtet sein. Soziale und kulturelle Belange sollen im Vordergrund stehen.

Veranstaltungen, die vom AStA initiiert werden, sollen zusätzlich einen politischen, emanzipatorischen Anspruch haben, also z.B. antifaschistisch, anti-sexistisch oder ökologisch sein und/oder die Eigeninitiative von Studierenden fördern.

Bestehende AStA-Programme, bei denen der Wunsch nach ihrer Weiterführung besteht (z.B. A-Star Music), werden nach den genannten Kriterien geprüft und wenn möglich in ihrer Konzeption und Durchführung durch die genannten Aspekte ergänzt.

Politische Bildung

Wir sehen es als Aufgabe des AStAs an, der zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche unsere Vorstellung von einem demokratischen, kooperativen und solidarischen Zusammenleben entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang verstehen wir Bildung nicht als entgeltliche Dienstleistung, die uns Vorteile in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bringen soll. Bildung muss die Menschen vielmehr befähigen, sich kritisch mit dem Bestehenden auseinanderzusetzen, bisherige Erklärungsansätze zu hinterfragen und neue Möglichkeiten und Lösungsansätze zu eröffnen.

Dieser Vorstellung von Bildung möchte der AStA gerecht werden und richtet dazu das Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft ein. Hier soll ein Forum geschaffen werden, das bestehende Arbeitsgruppen, Lesekreise und selbstorganisierte Vorlesungsreihen vernetzt und infrastrukturell unterstützt. Das Referat kooperiert mit anderen Referaten und richtet gemeinsame Veranstaltungen aus. Außerdem werden aus dem Referat heraus eigene Veranstaltungen initiiert, die sich mit den verschiedensten Themen- und Lebensbereichen auseinandersetzen. Denkbar sind hier zum Beispiel Veranstaltungen zum Konzept der "Kritischen Wissenschaft", die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Universität oder die Beschäftigung mit dem unbeschränkten Zugang zu wissenschaftlichen Informationen ("Open Access"). Für Information über tagesaktuelle Themen, wie beispielsweise ACTA, möchten wir eine Plattform bieten, eventuelle Großveranstaltungen sollen kritisch begleitet werden.

Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung bei StuPa-Wahlen ist es von besonderer Wichtigkeit, über die Strukturen der studentischen und akademischen Selbstverwaltung aufzuklären und dadurch Partizipation zu fördern.

Unterstützung von kulturellen Freiräumen

Studentische kulturelle Freiräume sind in unseren Augen Teil einer lebendigen Campus-Kultur und daher zu unterstützen. Als unkommerzielle Rückzugsmöglichkeiten bieten sie Raum für sozialen Austausch, politische Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, weitere Freiräume, wie z.B. einen Proberaum für studentische Bands, zu schaffen.

Laufende Verträge mit Externen

Wir werden alle bestehende Verträge und (Geschäfts-)Beziehungen einer gründlichen Prüfung unterziehen. Bis diese Prüfung ausreichend fortgeschritten ist und alle Bedenken der Koalitionspartner*Innen ausgeräumt sind, werden keine neuen Verträge mit Vertragspartnern, deren Verträge geprüft werden, geschlossen bzw. werden alte Verträge nach Möglichkeit nicht fortgesetzt. Wir sehen Outsourcing von Aufgaben des AStA kritisch.

Der AStA versucht schnellstmöglich aus den Verträgen mit der PKG und PKG-nahen Organisationen auszusteigen. Dazu gehört neben Gesprächen mit dortigen Verantwortlichen und fristgerechten Kündigungen auch die gründliche Prüfung der Anfechtbarkeit der Verträge und ein juristisches Vorgehen, sollte ein solches Aussicht auf Erfolg haben. Bei den Gesprächen soll es auch um generelle Ungereimtheiten bei der Gründung der PKG und die Verbindung zur Uni Marketing GmbH gehen.

Der AStA möchte einige der Angebote, die derzeit ausgelagert sind, möglichst in Eigenregie weiterführen. Sollte das nicht möglich sein, soll es jeweils eine transparente Ausschreibung geben.

Kultur-Kurs-Programm

Die Auslagerung des Kultur-Kurs-Programmes an einen externen Verein sehen wir kritisch. Bestehende Verträge werden erfüllt, im Allgemeinen wird aber angestrebt, das Kultur-Kurs-Programm als AStA-Projekt mit einer (oder zwei) koordinierenden Projektkraft (Projektkräften) fortzuführen.

Campus Openair

Grundsätzlich möchten wir das Campus Openair für die nächsten Jahre erhalten, glauben aber, dass es auch als selbstorganisiertes, eventuell kleineres Festival aus dem AStA heraus organisiert werden kann. Es soll unkommerziell sowie mit politischem Anspruch realisiert werden.

Sollte das Campus Openair nach ausreichender Prüfung sich als nicht aus dem AStA heraus realisierbar erweisen, sind wir bereit, Teilbereiche oder das gesamte Festival über ein transparentes Verfahren an externe Organisator*Innen zu vergeben, sofern unsere politischen Ansprüche eingehalten werden. Hierfür gilt, dass ein Vertrag nur nach vorheriger Absprache mit einem Anwalt erfolgen darf. Der Vertrag muss im Stupa besprochen und verabschiedet werden und darf seine Legitimation nicht allein durch/über den Haushalt erhalten. Mehrjährige Verträge lehnen wir als Eingriff in die Handlungsfähigkeit zukünftiger ASten ab. Desweiteren müssen alle Verträge vom Wirtschaftsrat abgesegnet werden.

Für das Campus Openair 2012 gilt:

Wir sind uns bewusst, dass wir einen Vertrag mit O-Ton haben und ihn nicht einseitig brechen werden. Den bestehenden Vertrag für das Campus Openair 2012 werden wir erfüllen, aber konstruktiv nachverhandeln, um soziale und ökologische Aspekte stärker zu berücksichtigen. Der AStA versucht ein eigenes, kleineres und mindestens kostendeckendes Festival in der nächsten Legislaturperiode zu organisieren.

Uni Marketing/Werbung auf dem Campus

Der AStA setzt sich für ein komplettes Verbot kommerzieller Werbung auf dem Campus ein. Der erste Schritt in diese Richtung soll ein Verbot der Kontaktwerbung sein. Gegenüber der Universitätsleitung und der Uni Marketing GmbH wird der Unmut über die derzeitige Situation zum Ausdruck gebracht und dem Bild der Werbeindustrie, die die Studierenden als gewinnbringende Zielgruppe für die Wirtschaft sieht, widersprochen.

Die Rolle der Uni Marketing GmbH sehen wir kritisch. Wir sind der Meinung, dass Aufgaben wie die Vergabe von Räumen innerhalb der Universität oder die Organisation von Großveranstaltungen durch Universitätsangestellte geleistet werden können und sollten. Sollte die Gründung der GmbH auch der Umgehung von Tarifverträgen und Festanstellungen dienen, so ist dies mit dem Selbstbild der Universität nicht zu vereinen. Dass die Uni Marketing GmbH Räume von Lehrveranstaltungen zu Gunsten externer Veranstaltungen umbucht, ist für uns, trotz monetärer Entschädigungen für die jeweiligen Fachbereiche, nicht hinnehmbar.

Wir fordern von der Universität Hamburg als alleinige Gesellschafterin der Uni Marketing GmbH vollkommene Transparenz was Einnahmen, Ausgaben und Gehälter, natürlich anonymisiert, innerhalb der Uni Marketing GmbH angeht. Auch die Verknüpfung mit anderen Gesellschaften oder Vereinen, die im universitären Umfeld tätig sind (z.B. Pferdestall Kultur GmbH oder Campus Hamburg e.V.) müssen offen gelegt werden.

Auch möchten wir die Verstrickungen von Stellenwerk, Campus Hamburg e.V. und Uni Marketing GmbH offen legen und prüfen, ob der AStA eine Jobbörse (mit Lohnuntergrenze), Wohnungsbörse und dergleichen nicht selbst realisieren oder ob aufgrund bereits bestehender Alternativen darauf verzichtet werden kann.

Das Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft ist im Bereich kritische Wissenschaft für die Durchführung von Veranstaltungen zuständig, weitergehende Aktivitäten sind mit dem Referat für Hochschulpolitik abzustimmen.

Ökologie und Nachhaltigkeit

Der AStA erkennt, dass die ökologische Krise eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit ist. Der vom Menschen verursachte Klimawandel bedroht die Existenz von Mensch und Umwelt. Was wir brauchen ist eine radikale Veränderung der Produktions- und Konsumweise, welche die Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgase sowie eine Umstellung auf regenerative Energieversorgung beinhaltet. Dass dies in einer Wirtschaft nicht möglich ist, die unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten als Existenzgrundlage benötigt, zeigt uns auf, dass wir dringend einen Wandel von dem bisherigen Ziel der Profitmaximierung hin zu ökologischen, nachhaltigen und sozialen Zielvorgaben brauchen.

Dies können wir aber nur erreichen, wenn es einen technologischen und besonders gesellschaftlichen Wandel gibt, der uns unsere persönliche und politische Verantwortung und unsere Handlungsmöglichkeiten bewusst macht.

Ökologische Universität

Die Universität, als große öffentliche Einrichtung, hat einen erheblichen Ressourcenverbrauch. Hier kann eine sinnvolle Optimierung sowohl zu ökologischen als auch zu ökonomischen Verbesserungen führen. Der AStA trägt Informationen zur bisherigen Lage der Strom- und Wärmeversorgung sowie zukünftigen Möglichkeiten der Energie- und Wärmenutzung (wie bspw.: Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach) zusammen und tritt für eine emissionsneutrale Uni ein. Im AStA wird flächendeckend Recyclingpapier genutzt und darauf hingewirkt, dass dies zukünftig in der gesamten Universität und den anliegenden Copyshops geschieht. Entsprechende Bemühungen an der Universität werden unterstützt. Der Recyclingshop wird fortgeführt. Das bisherige Konzept wird jedoch kritisch untersucht und überarbeitet.

Der AStA fördert und fordert einen öffentlichen Diskurs und Sensibilisierung aller an der Universität Hamburg zu ökologischen und nachhaltigen Themen und die Verankerung von ökologischen und nachhaltigen Aspekten in Lehrangeboten.

Nachhaltigkeit

Der AStA unterstützt den Nachhaltigkeitsbericht für die Universität Hamburg, der derzeit von Oikos Hamburg erstellt wird. Er fordert außerdem ein zertifiziertes Umweltmanagement an der Universität. Der AStA organisiert eine Nachhaltigkeitsmesse und führt Veranstaltungen zu Nachhaltigkeitsthemen durch, die auf der inhaltlichen Grundlage dieses Koalitionsvertrages basieren (u.a. Veranstaltungen zur Wachstumskritik).

Studierendenwerk

Das Studierendenwerk hat die soziale Verantwortung und den Auftrag, sein Angebot an den Bedürfnissen der Studierenden auszurichten. Hierbei muss das Studierendenwerk immer wieder in die Pflicht genommen werden, diesem sozialen Auftrag auch gerecht zu werden. Von der Stadt Hamburg muss das Studierendenwerk finanziell in die Lage versetzt werden, diesem Auftrag nachzukommen.

Ernährung

Es soll ein verlässliches Angebot für Allergiker*Innen und Menschen mit vegetarischer, veganer und alkoholfreier Ernährungsweise geben. Die Inhaltsstoffe des Essens müssen so gekennzeichnet sein, dass dies den Anforderungen der jeweiligen Ernährung gerecht werden kann.

Der AStA setzt sich beim Studierendenwerk dafür ein, in den Mensen ein kontinuierliches Angebot von nach ökologischen Gesichtspunkten erzeugtem Essen einzuführen. Dazu gehört, mindestens ein täglich wechselndes veganes Gericht in jeder Mensa anzubieten. Desweiteren fordern wir die Einrichtung eines wöchentlichen vegetarischen Tages in allen Mensen. Das Studierendenwerk soll für eine

ökologisch und sozial sinnvolle Preisgestaltung sorgen.

Das Angebot an abgepackten Milchprodukten sollte durch ökologisch erzeugte Produkte aus der Region ersetzt werden.

Neben der ökologischen Verantwortung tragen Konsument*Innen von Nahrungsmitteln auch eine soziale Verantwortung; insbesondere bei Produkten, die in sog. Entwicklungsländern erzeugt werden. Das Angebot auf dem Campus soll hier durch fair gehandelte Produkte ergänzt werden. Auch zu diesem Thema soll die Studierendenschaft gezielt informiert und sensibilisiert werden. Hierzu wird die Kooperation - auch hinsichtlich des Bio&Fair-Frühstücks - mit Ökomarkt e.V. fortgeführt.

Der AStA veröffentlicht Informationen zur gesunden und ökologisch-nachhaltigen Ernährung.

Mobilität & Verkehr

Der Campus soll mit dem ÖPNV besser angebunden werden. Vor allem hinsichtlich der Abschaffung der Doppelgelenkbusse auf der Linie 5 bei gleichzeitig steigendem Passagieraufkommen erwarten wir sinnvolle Konzepte von Stadt und HVV. Dies schließt die Erwägung einer Stadtbahn ein. Wir fordern eine bessere Busanbindung des MIN-Campus, bspw. über eine Verlegung der Route der Linie 4 in die Bundesstraße.

Im Rahmen des Neubaus der MIN-Fakultät muss auch die trennende Wirkung der Grindelallee vermindert werden. Der AStA setzt sich deshalb für deren Neugestaltung ein. Der Grindelhof soll zum Shared Space umgebaut werden. Wünschenswert ist auch eine verkehrsberuhigte Bundesstraße. Er fordert außerdem die Schaffung einer Fahrradstation am MIN-Campus.

Der AStA setzt sich für den Erhalt der Fahrradwerkstatt auf dem Campus ein und fordert die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Mit den Beschäftigten der Fahrradwerkstatt sucht der AStA die Vernetzung, um der Forderung gemeinsam Nachdruck verleihen zu können.

HVV/Semesterticket

Wir streben eine Vergünstigung des Semestertickets an. Erhöhungen des Preises des Semestertickets sieht der AStA kritisch und sollen nach Möglichkeit verhindert werden. Wir setzen uns für eine Vergrößerung des Gebietes des Semestertickets ein, jedoch nicht auf Kosten einer Preiserhöhung.

Die Preisverhandlungen mit dem HVV werden in der AStA-Koalition gemeinsam vorbesprochen und vorbereitet. Größere Veränderungen des Semestertickets bedürfen einer Abstimmung der Studierendenschaft. Dazu gehören z.B. die Abschaffung des Semestertickets oder eine Ausweitung der Leistung zu steigenden Preisen.

Der AStA informiert sich in Vernetzung zum Beispiel mit der Initiative "HVV umsonst" über einen fahr-scheinlosen Nahverkehr und diskutiert dies in der Verfassten Studierendenschaft.

Unibau

Der AStA macht sich zur Aufgabe, alle Bauprojekte kritisch zu begleiten. Der AStA begrüßt die Bemühungen zum Neubau der MIN-Fakultät und fordert weiterhin die weitgehende Beteiligung der Studierenden, anderer Gruppen der Universität und der Anwohner*Innen. Es wird jedoch die Notwendigkeit gesehen, auch auf dem Hauptcampus möglichst schnell Fortschritte hinsichtlich der Sanierung bzw. des Neubaus von Universitätsgebäuden zu erreichen. Entsprechende stadtplanerische und Architektur-Wettbewerbe durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung sollen noch im Jahr 2012 erfolgen. Der AStA fordert die Nutzung des ehemaligen Fernmeldegebäudes in der Schlüter-

straße durch die Universität Hamburg, wenn diese wirtschaftlich sinnvoll und das Gebäude für den Universitätsbetrieb geeignet ist.

Für alle Baumaßnahmen an der Universität stellt der AStA folgende Kriterien auf:

- Gleichberechtigte Einbeziehung aller universitären Statusgruppen
- Planungshoheit bei der Universität, nicht bei Investor*Innen und Stifter*Innen
- Möglichst hohe Energieeffizienz (emissionsneutral; eigene Strom- und Wärmeversorgung)
- Wirtschaftlichkeitsberechnung nach der Gesamtkostenberechnung (Kapitalkosten, Betriebskosten, Umwelt-Folgekosten)
- Bauliche Entwicklung der Universität im historischen Kontext: Erhalt bzw. Konzentrierung aller Einrichtungen der Universität auf dem Campus in Eimsbüttel und keine Zerstückelung von Fachbereichen
- Barrierefrei und kinderfreundlich
- Nutzer*Innenfreundliche Atmosphäre
- Erhalt bzw. Ausbau von Grünflächen
- Großzügige Beachtung studentischer Freiräume

Tierversuche/-verbrauch

Der AStA trägt Informationen zu Tierversuchen und -verbrauch an der Universität zusammen und klärt die Studierenden der Universität Hamburg darüber auf. Der AStA sucht den Austausch mit Studierenden betroffener Fachbereiche. Desweiteren vernetzt sich der AStA bundesweit und ermöglicht einen öffentlichen Informationszugang. Das Ziel ist es, keine Tiere zu verbrauchen, sondern die Nutzung bereits entwickelter innovativer Lehrmethoden (wie z.B. Computersimulationen) zu nutzen. Wenn das Verwenden von Tieren zur Fort- und Weiterbildung nicht vermieden werden kann, setzt sich der AStA für die Möglichkeit ein, Seminare aus ethischen, moralischen oder persönlichen Gründen nicht zu belegen und dennoch das Studium (oder konkreter: Praktikum) erfolgreich abschließen zu können. Wir fordern, dass keine Tiere zum Sezieren verwendet werden dürfen, die speziell und ausschließlich für diesen Zweck aufgezogen wurden. Weitere Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus den Ergebnissen der Recherche und bedürfen einer Absprache der Koalition.

Soziales und Soziale Bewegung

Eine wichtige Aufgabe des AStAs ist die Politisierung des Referats Soziales und Soziale Bewegung. Die psychologische Beratung des AStAs wird immer häufiger von Studierenden in Anspruch genommen. Sie wird als Symptombehandlung beibehalten und nach Bedarf ausgebaut, aber auch als solche erkannt. Zur stärkeren Problematisierung der Ursachen setzt sich das Referat gegen Privatisierung, Ökonomisierung und zunehmende Individualisierung aller Lebensbereiche ein. Das Referat zeigt auf, dass neben der individuellen Beratung ein kollektives Zusammenschließen für Verbesserungen notwendig ist und Freude bringen kann. Aus Beratungsangebot und -inanspruchnahme werden politische Forderungen entwickelt und nach außen vertreten.

Uni in Zeiten der Krise

Als gesellschaftliche Institution, in der viele Menschen sozialisiert werden, ihren Lebensmittelpunkt sehen und wissenschaftliche Expertise entwickelt wird, hat die Universität eine wichtige Rolle im Diskurs über die derzeitige (Finanz-)Krise. Daher stellen wir uns entschieden gegen die derzeitigen neoliberalen Lösungsstrategien, die bei Löhnen, Kultur, Bildung und Sozialem kürzen und das Ganze gegenwärtig u. a. mit dem selbstgeschaffenen Sachzwang der Schuldenbremse begründen und damit eine Umverteilung von unten nach oben gesellschaftlich befördern.

Besonders der sich ausweitende Rassismus und Staatschauvinismus, beispielsweise im Zusammenhang mit Griechenland, zeigen uns auf, wie wichtig es ist, dem gesellschaftlichen Mainstream eine kritisch-analytische Perspektive gegenüberzustellen und alternative sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Ansätze zu erarbeiten. Dazu werden in Zusammenarbeit mit dem Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft Veranstaltungen durchgeführt und ggf. Krisenproteste unterstützt.

Wohnungssituation/Stadtentwicklung

Hamburg hat mittlerweile München als teuerste Stadt für Studierende abgelöst. Wir sind der Meinung, dass das Wohnungsangebot an den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach dem Profitinteresse von Investor*Innen ausgerichtet sein muss. Der derzeitigen Stadtentwicklungspolitik von oben setzen wir unser Verständnis einer basisdemokratischen und partizipativen Bewegung entgegen, die sich für ein gutes Leben aller Menschen in der Stadt einsetzt. Dazu nimmt der AStA an den monatlichen Treffen des Netzwerkes "Recht auf Stadt" teil, bringt dort eine studentische Perspektive ein und informiert die Studierenden der Universität Hamburg. Die Teilnahme an Bündnissen, Aktionen und Initiativen wird vorher im AStA besprochen und entschieden. Der AStA wird nicht auf der Webseite von "Recht auf Stadt" verlinkt.

Der AStA setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen des Studierendenwerks, neue Wohnheime zu bauen, verbessert werden. Außerdem wird versucht in Zusammenarbeit mit einem Mieter*Innenverein eine kostenlose Mietrechtsberatung für Studierende anzubieten.

Freiräume

Der AStA setzt sich für den Erhalt und Ausbau studentischer Freiräume ein. Es wird eine Bestandsaufnahme z.B. in Form eines Infohefts veröffentlicht und Aktive unterstützt. Möglichkeiten für neue studentische Freiräume werden gesucht und ein Proberaum für studentische Bands soll eingerichtet werden. Dafür schlagen wir den Kellerraum im Audimax vor.

Prekarität

Angesichts einer immer weiter fortschreitenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse unterstützt der AStA die Forderungen des Templiner Manifests. Im wissenschaftlichen Mittelbau sind z.B. bereits neun von zehn Angestellten befristet tätig, was zu Lasten von sozialer Sicherheit, wissenschaftlicher Qualität und Lehrangebot geht. In diesem Rahmen kritisieren wir natürlich auch die

Auslagerung des Wach- und Sicherheitspersonals und fordern eine Reintegration. Eine weitere Forderung ist die Einrichtung eines Personalrats für studentische Beschäftigte, wie es an anderen Unis bereits üblich ist. Für all diese Anliegen vernetzen wir uns auch mit gewerkschaftlichen Gruppen und suchen mit Betroffenen die Diskussion.

Infocafé

Das Infocafé wird in seiner derzeitigen Form weitergeführt. Änderungen am Konzept oder die Ausweitung der Öffnungszeiten erfolgen in Rücksprache mit den Mitarbeiter*Innen des Infocafés.

Studienfinanzierung/BAföG

Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern allen Menschen ermöglicht werden, deshalb fordern wir ein elternunabhängiges, bedarfsgerechtes BAföG für alle Studierenden. BAföG gehört für uns zur Bildungsfinanzierung und darf deshalb kein Darlehen sein, muss also ohne Rückzahlungspflicht gewährt werden. Wir lehnen die bisherige Praxis der repressiven Kontrolle von Leistungsnachweisen strikt ab, da dies für finanziellen und psychischen Druck sorgt. Ebenso muss sich die Förderdauer an der Durchschnittssemesterzahl orientieren und nicht an der Regelstudienzeit. Wir setzen uns für schnellere Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge ein und unterstützen Studierende dabei, ihre Ansprüche durchzusetzen. Zudem wollen wir erreichen, dass FSR-Arbeit auch als Gremienarbeit anerkannt wird und sich somit der Förderungszeitraum verlängert.

Deutschlandstipendium

Das Deutschlandstipendium lehnen wir als Elitenförderung ab. Insbesondere kritisieren wir den Einfluss der Wirtschaft auf die Stipendienvergabe. Die für das Deutschlandstipendium aufgewendeten Mittel sollten für den Ausbau des BAföG verwendet werden. Wir begrüßen, dass die Universität Hamburg sich nicht an der Einwerbung der Stipendien beteiligt und möchten das Präsidium in dieser Haltung bestärken.

Studieren mit Kind(ern)

Das Studieren mit Kind(ern) ist derzeit eine erhebliche organisatorische, psychische und finanzielle Mehrbelastung. Wir wollen auf zwei Ebenen zu unserem Ziel des kinderfreundlichen Studiums gelangen. Zum einen setzen wir uns für eine Ausweitung des unihohen Betreuungsangebots ein, inklusive einer Ausweitung der Betreuungszeiten. Weiterhin muss entgegen des Trends zur Modularisierung und Befristung eine Flexibilisierung des Studiums stattfinden, wozu das Referat Soziales und Soziale Bewegung eng mit dem Referat für Hochschulpolitik zusammenarbeitet.

Zum anderen tritt der AStA für eine größere Akzeptanz und Sensibilität für die Situation von Studierenden mit Kind(ern) unter den Mitstudierenden ein. Dafür arbeitet das Referat mit dem Referat für Gleichstellung und Antidiskriminierung, Elterninitiativen, dem neu geschaffenen Familienbüro der Uni Hamburg und dem Studierendenwerk zusammen und unterstützt Betroffene juristisch und politisch.

Universitätsklinikum Eppendorf (UKE)

Auf Basis des StuPa-Beschlusses vom 27.01.11 klärt der AStA über die unmenschlichen Altersfeststellungen im Rahmen des rassistischen Asylverfahrens auf, die am Institut für Rechtsmedizin durchgeführt werden, und fordert das Verbot dieser Feststellungen. Außerdem engagiert sich der AStA gegen die Operationen von neugeborenen intersexuellen Menschen insbesondere am UKE und strebt daher eine Zusammenarbeit mit studentischen Initiativen wie der AG QueerStudies an. Dabei soll auch die historische Verantwortung des UKEs unter anderem bei der Frage des Umgangs mit intersexuellen Menschen kritisch aufgearbeitet werden.

Hochschulpolitik

Hochschulfinanzierung

Die Uni Hamburg braucht mehr Geld. Wir fordern eine bedarfsgerechte Vollfinanzierung der Universität in allen Bereichen. Das bedeutet für uns, dass alle Fachbereiche, Fakultäten und andere Institutionen der Universität genug Geld zur Verfügung gestellt bekommen, um eine sinnvolle und unabhängige Forschung und Lehre gewährleisten zu können. Wenn beispielsweise Professuren ohne jegliche Ausstattungen vergeben werden, der Mittelbau wahllos zusammengestrichen oder in die Prekarität getrieben wird, dann ist das untragbar. Die Finanzierung von Hochschulen ist Aufgabe des Staates, nicht die von Unternehmen oder Stiftungen.

Verschärftes oder erzwungenes Konkurrenzdenken innerhalb der Universität unter den Fakultäten und Fachbereichen lehnen wir ab. Die Stärke einer Hochschule liegt in ihrer Vielfalt, dies darf nicht durch ökonomische Motive, Profilierungs- oder Exzellenzbestrebungen gefährdet werden.

Das bisherige Ziel der Profitmaximierung muss sozialen, kulturellen und bildungsbetreffenden Zielen weichen. Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik ein. Diese muss den Fokus auf die Ausfinanzierung des Sozial-, Kultur- oder Bildungsbereichs legen. Diese Bereiche dürfen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir sehen, dass sich nicht nur auf der Ausgabenseite des Staates etwas ändern, sondern auch über Steuereinnahmen kritisch nachgedacht werden muss. Neben einer anderen Prioritätensetzung bei den bestehenden Mitteln stehen wir der Forderung nach einer stärkeren Besteuerung von hohen Einkommensklassen aufgeschlossen gegenüber.

Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Grundgesetz muss abgeschafft werden. Wir fordern, dass Bundesmittel in die bedarfsgerechte Finanzierung aller Hochschulen fließen, anstatt allein in die Förderung einzelner Einrichtungen. Bundesmittel sollten nicht mit Kürzungen bei Landesmitteln verrechnet werden.

Ausgehend von diesen Positionen werden wir:

- mit allen Gremien und (Mitglieder-)Gruppen der Universität weiter gemeinsam für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Universität Hamburg kämpfen.
- konkrete Forderungen zur Finanzierung der Hochschulen für den Doppelhaushalt 2013/14 aufstellen.
- von den FSREN Informationen über mangelnde Ausstattung und fehlendes Lehrpersonal in den Fachbereichen einholen.
- uns mit anderen ASten vernetzen und gemeinsam für eine Ausfinanzierung der Hochschulen kämpfen.
- Vernetzung mit Betroffenen (z.B. Schüler*Innenkammer) anstreben um ggf. gegen Kürzungen im Bereich "Bildung, Kultur und Soziales" zu intervenieren.

Bertelsmann Stiftung/CHE

Weil wir die Privatisierung des Bildungssystems, die Lizenzierung von Wissen sowie das Konzept der "entfesselten Hochschule" ablehnen, sprechen wir uns gegen den Einfluss der Bertelsmannstiftung und des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) aus.

Der Einfluss von finanziell und politisch mächtigen Lobbygruppen und Denkfabriken mit ideologisch fragwürdigen Inhalten auf unsere und viele andere Universitäten muss aufgedeckt und schließlich aufgehoben werden. Der AStA der Universität Hamburg kann hierzu durch kritische Reflexion und Praxis beitragen und erstellt einen Reader.

Gebührenfreiheit

Wir begrüßen die fast vollständige Abschaffung der Studiengebühren. Wir fordern zudem die Abschaffung der Verwaltungsgebühren, da es sich auch hierbei um Bildungsgebühren handelt und setzen uns weiterhin für deren Abschaffung ein. Außerdem soll auch das Studierendenwerk vollständig von der Stadt finanziert werden.

Es darf niemand aufgrund von Nicht-Zahlung im Sommersemester 2012 exmatrikuliert werden. Der AStA unterstützt Musterklagen, sofern diese aussichtsreich sind.

Kompensationsmittel

Die Kompensationsmittel für die Studiengebühren müssen wie die Studiengebühren zweckgebunden für die Verbesserung von Studium und Lehre eingesetzt werden und sollen nicht in die Kapazitätsberechnungen eingehen. Ihre Höhe muss steigenden Studierendenzahlen angepasst werden. Die studentische Beteiligung muss ausgebaut werden und die Rechenschaftspflicht der Universität muss bestehen bleiben. Die bisherige Vergabe der Mittel aus dem Studiengebührentopf wird kritisch reflektiert. Daraus sollen Leitlinien entwickelt werden, nach denen die Kompensationsmittel vergeben werden sollen.

Drittmittel

Die Abhängigkeit der Forschung und Lehre von Drittmitteln lehnen wir ab. Der mögliche Einfluss durch die Vergabe von Drittmitteln auf Inhalte und Art der Forschung muss aufgedeckt, thematisiert und bekämpft werden. Wir fordern eine von Drittmitteln unabhängige, bedarfsgerechte Vergabe von Grundmitteln. Um eine Instrumentalisierung der Universität zu militärischen Zwecken zu verhindern, setzen wir uns für eine Zivilklausel ein.

Exzellenzinitiative

Die Exzellenzinitiative des Bundes lehnen wir ab. Sie bewirkt eine Umverteilung der Gelder für Wissenschaft zu Gunsten Weniger, nicht nur zwischen den Universitäten, sondern auch innerhalb dieser. Darüber hinaus bietet sie keine nachhaltige Finanzierungsgrundlage, da die Gelder befristet vergeben werden und leistet keinen Beitrag für die Lehre.

Hochschulrankings

Hochschulrankings lehnen wir ab, da sie das Konkurrenzdenken unter Bildungseinrichtungen fördern. Rankings stehen im Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre und binden unnötig Ressourcen, die sinnvoller in Lehre und Forschung eingesetzt werden sollen. Des Weiteren gestalten sich die Verfahren intransparent. Wir fordern das Präsidium der Universität Hamburg auf, aus dem Ranking auszusteigen. Bis dahin werden wir öffentlich zu den Hochschulrankings Stellung beziehen und bei der Erstellung des Rankings, z.B. durch eine ähnliche Aktion wie "Dem CHE-Ranking einen Schokoriegel vorschieben", eingreifen.

Bildung begreifen

Wir begreifen Bildung als einen Prozess, der nicht zu Ende sein kann und ein direktes Ziel verfolgt. Bildung beinhaltet, sich mit dem Vergangenen und Bestehenden kritisch auseinanderzusetzen, um Zukünftiges zu denken. Wir grenzen unseren Bildungsbegriff von dem Ausbildungsbegriff ab.

Ausbildung hat ein Ziel, das meistens von anderen definiert wird. Für uns sollten im Bildungsprozess ein solidarischer Umgang herrschen, das heißt, dass Bildung nicht isoliert geschieht, sondern in freiwilliger Kooperation mit anderen. Weiter umfasst das gegenseitige Hilfe, Aufzeigen von Möglichkeiten im Bildungsprozess und gemeinsames Verständigen über den Prozess. Bildung kann für uns nicht mit Zwang entstehen.

Diese Auffassung von Bildung ist mehr und mehr aus den Bildungsinstitutionen und der Studienstruktur verdrängt worden, war und ist aber stets umkämpft. Für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff möchten wir uns mit anderen Akteur*Innen einsetzen. Der Bildungsbegriff schlägt sich in der politischen Bildungsarbeit des AStAs nieder.

Kritische Wissenschaften

Kritik gehört zum Wesen der Wissenschaften und sollte deshalb bewusst angewendet werden. Kritische Wissenschaften fragen nicht lediglich nach dem Bestehenden, um es gleichsam zu bestätigen, sondern sie stellen die Frage nach dem Sinn des Bestehenden und fördern den Zweifel und damit beständige Reflektion. Damit ermöglichen sie erst das Erdenken einer Alternative oder das bewusste Festhalten am Sinnvollen. Kritische Wissenschaft ist sich bewusst, dass Wissenschaft an sich ein gesellschaftlicher Prozess ist, bei dem von vornherein - trotz allem gegenteiligem Bemühen - Werturteile und subjektive Perspektiven eine Rolle spielen. Kritische Wissenschaften können verstärkt Beiträge zur Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen leisten, sowie zu einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und einer bewussten Auseinandersetzung mit dem Mensch-Umwelt-Verhältnis führen. Sie können bestehende gesellschaftliche Widersprüche aufdecken helfen und das Aufbrechen von Hierarchie und Herrschaftsverhältnissen befördern. Kritische Wissenschaften reflektieren ihre eigenen Bedingungen. All diesen Zielen können die Wissenschaften in Verhaftung in gegenseitiger Konkurrenz – um Gelder, um Ansehen und Größe oder Macht – und in der Nutzung eines verkürzten Kritikbegriffs schwer leisten.

Der AStA macht sich den kritischen Wissenschaftsbegriff in seiner Arbeit und Organisation von Veranstaltungen zu eigen.

STiNE

Für den AStA gilt, dass Technologien wie STiNE dem Menschen dienen sollten und nicht umgekehrt. Wir fordern daher die kooperative Nutzung des zentralen Prüfungssystems STiNE, die auch die einseitige Arbeitsbelastung einiger weniger verhindern soll. Dazu zählt auch die kritische Auseinandersetzung mit Datenschutz, Transparenz und Zuständigkeiten (Studierende müssen wissen, wer welche Daten sehen kann und alle eigenen Daten sehen können), sowie deren Verbesserung. Außerdem üben wir Kritik an den Kosten und technischer Unzulänglichkeiten: STiNE darf nicht zu Gängelung und Unflexibilität führen - die Gestaltung von Studiengängen darf nicht durch die Modellierungsmöglichkeiten von STiNE eingeschränkt werden.

Darüber hinaus begrüßen wir den Aufbau elektronischen Lernplattformen wie z.B. Commsy.

Bologna

Wir lehnen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche ab. Im Zuge dessen kritisieren wir das Zustandekommen und die neoliberalen Intentionen der Bologna-Reform. Darunter verstehen wir die Privatisierung von Wissenschaft, die Förderung von Konkurrenz zwischen den Hochschulen und Studierenden, sowie die Überbetonung der "Employability" (Arbeitsmarktfähigkeit).

Gerade in Deutschland hat sich die Mobilität der Studierenden durch die Bologna-Reform nicht wie angekündigt verbessert, sondern eher verschlechtert.

Wir fordern einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum. Damit meinen wir die Einführung verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, Anerkennung dieser Abschlüsse, größere Mobilität und kulturellen Austausch. Dazu ist studentische Beteiligung auf allen Ebenen und die Förderung der sozialen Dimension unerlässlich.

Wir begleiten den Bologna-Prozess kritisch und konstruktiv. Für Verbesserungen auf kurz- und langfristige Sicht wollen wir wirken. Hierbei bilden die Ergebnisse des Dies Academicus die Grundlage für weitere Diskussionsprozesse.

Darüber hinaus wird der AStA Vorschläge für ein alternatives Studiensystem entwickeln und diese in die Diskussion um die Reform der Reform engagiert einbringen, in diesem Rahmen Veranstaltungen organisieren und hierfür auch eine Zusammenarbeit mit der Universität und ihren Mitgliedern anstreben.

Zur konkreten Verbesserung der Studiensituation setzen wir uns für ein größeres Angebot an projekt-orientierten Lehrveranstaltungen ein. Außerdem kämpfen wir für die Ausweitung des Wahlbereichs, um dem Studium generale wieder mehr Bedeutung beizumessen.

Unabhängig von der grundsätzlichen Frage der Sinnhaftigkeit von Modulen setzen wir uns für eine Flexibilisierung der Module ein, damit sie sich leichter in die Studienrealität einfügen. Die inhaltlich nicht sinnvolle Gestaltung von Modulen sehen wir sehr kritisch. Zur Flexibilisierung gehören die Abschaffung von Modulfristen, der Konsekutivität sowie eine erleichterte Anrechnung anderer Veranstaltungen. Das modulübergreifende Angebot soll ausgeweitet werden. Langfristig möchten wir eine kritische Diskussion über die Modularisierung anstoßen. Die Möglichkeit von selbstverwalteten Seminaren und deren Anrechnung muss ausgebaut werden. In allen Fachrichtungen soll ein umfassender Überblick über das Studienfach, die Fachgeschichte und verschiedene Denkrichtungen im Fach fester Bestandteil sein.

Wir lehnen eine Ausrichtung der Studiengänge auf Ökonomisierung und frühen Arbeitsmarkteinstieg ab. Wir wollen ABK-Kurse als Pflicht abschaffen und die Inhalte im freien Wahlbereich anbieten. Die für die fachwissenschaftliche Qualifikation wichtigen Kompetenzen (wissenschaftliches Arbeiten etc.) haben sich im Pflicht-Curriculum wiederzufinden.

Pflichtpraktika, die nicht zur Erreichung des Studienziels nötig sind, lehnen wir ab. Wir fordern, dass Praktika angemessen bezahlt werden. Urlaubssemester sollen ohne Angabe von Gründen gewährt werden, um freiwillige Praktika zu ermöglichen.

Wir setzen uns für die Abschaffung der Anwesenheitspflicht in allen Lehrveranstaltungen ein und unterstützen dahingehende Bemühungen.

Der AStA kritisiert die momentane prüfungsdominierte Studienstruktur. Prüfungen nehmen im Gegensatz zum interessengeleitenden Bildungsprozess einen viel zu großen Stellenwert ein und bauen somit Druck auf. Vielmehr sollten Lehrende und Lernende in Kooperation entscheiden, wann, wie, wo und was geprüft werden soll. Auch die Form der Beurteilung sollte in Zusammenarbeit ausgehandelt werden. Für uns entstehen daraus für uns folgende Forderungen:

- Die Prüfungsdichte muss sofort verringert werden. Es soll höchstens eine Prüfung pro Modul geben. Die semesterbegleitenden Prüfungen, die für die Zulassung zur Endprüfung relevant sind, müssen abgeschafft werden.
- Die Arten der Prüfungen müssen erweitert und vervielfältigt werden. Wir kritisieren das Übermaß an Klausuren.
- Die für die Abschlussnote relevanten Prüfungsleistungen sollen sich vor allem aus den selbstgewählten Studienschwerpunkten der Studierenden ergeben.
- Die künstlich geschaffene Prüfungssituation, in der Studierende unter anderem beobachtet und kontrolliert werden, kritisieren wir heftig.

- Stattdessen wollen wir das Vertrauen zwischen Lehrenden und Lernenden fördern, dem die Kontrolle während Klausuren entgeht.
- Die bestehende Vergabep Praxis von Leistungspunkten muss kritisch reflektiert werden.

Demokratie

Die Demokratisierung aller Strukturen ist anzustreben. Für die Universität ist die demokratische Beteiligung aller Statusgruppen unerlässlich. Wir sehen jedoch, dass es nicht alleine ausreicht, Partizipationsstrukturen zu ändern, sondern wir müssen an der Uni auch einen kulturellen Wandel anstoßen. Wir möchten in der kommenden Legislatur aus dem AStA heraus aufzeigen, dass es Freude bringen kann, sich zusammenzuschließen, sich seiner politischen Verantwortung bewusst zu werden und für Verbesserungen zu wirken. Eine Bewegung für die Demokratisierung der Uni-Strukturen wird vom AStA unterstützt, getragen und gegebenenfalls initiiert.

Wir beziehen uns positiv auf die historischen Kämpfe, die in den 1960er und 1970er Jahren die demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten von unten erkämpft haben.

Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG)

Das Novellierungsverfahren des Hamburger Hochschulgesetzes (HmbHG) muss demokratisch gestaltet sein. Darunter verstehen wir, dass das Mitspracherecht aller Mitgliedergruppen der Universität im Beteiligungsverfahren gestärkt wird. Eine Beratungstätigkeit des CHE oder anderer Lobbygruppen bei der Novellierung des HmbHG lehnen wir ab. Wir befürworten einen zügigen Prozess, der aber nicht zu Lasten der Qualität oder Beteiligung gehen darf.

Das Ziel der Novellierung des HmbHG muss aus unserer Sicht eine Demokratisierung der Hochschulstrukturen sein. Es sollen wieder gewählte Gremien unterhalb der Fakultätsebene geschaffen werden und die Kompetenzverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip gestaltet werden. Für die Leitungsorgane (Präsidium, Dekanate, Fachbereichsleitungen) sollen demokratische Wahlverfahren vorgesehen werden.

Im Rahmen der Verfassungslage möchten wir ermöglichen, dass alle Mitglieder der Universität gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligt werden und Gremien viertelparitätisch besetzt werden, falls dies von den Mitgliedern gewünscht ist. Zum Beispiel könnte wieder ein großer Senat eingeführt werden.

Den Hochschulrat in seiner jetzigen Form lehnen wir ab. Insbesondere den großen Einfluss von Vertreter*Innen der Wirtschaft sehen wir kritisch. Seine Kompetenzen sollen auf den Akademischen Senat übertragen werden. Es soll weiter diskutiert werden, ob die Schaffung eines neuen Gremiums den Austausch um Universität und Gesellschaft befördern kann.

Die Finanzbeziehung zwischen Stadt und Hochschule sollen auf Grundlage von mehrjährigen Hochschulverträgen, die die Zustimmung des Akademischen Senats benötigen, geregelt werden. Ein Vereinbarungsmodell im Kapazitätsrecht lehnen wir ab. Die Beschlussfassung über die inneruniversitäre Mittelvergabe soll in den legislativen Gremien (Akademischer Senat, Fakultätsrat) erfolgen.

In Berufungsverfahren soll die studentische Beteiligung gestärkt werden. Die Möglichkeit eines Tenure Track für Juniorprofessor*Innen soll im Hochschulgesetz vorgesehen werden.

Weitere Forderungen können sich in der Diskussion und Austausch entwickeln.

Vernetzung

Wir sehen uns als gesellschaftliche/r Akteur*In und vernetzen uns mit anderen Akteur*Innen innerhalb und außerhalb der Universität. Inhaltliche Grundlage für die Vernetzung ist unser Koalitionsvertrag. Vernetzung bedeutet für uns eine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Wir stellen keine Hierarchien zu unseren Partnern auf und versuchen, größtmöglichen Informationsaustausch zu schaffen, um dadurch Transparenz herzustellen. Für die Realisierung von Informationsaustausch und gemeinsamen Projekten und Aktionen kann der AStA gegebenenfalls Infrastruktur und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Gremien

An der Uni gibt es zahlreiche Gremien. Diese finden sich auf Fachbereichs-, Fakultäts- und gesamt-universitärer Ebene. Der AStA möchte die Zusammenarbeit unter und mit den Gremien fördern.

Dazu ist vor allem auf Fachbereichsebene die FSR-Vernetzung von Bedeutung. Auf Fakultätsebene soll darüber hinaus das vom AStA weiterhin angestoßene Treffen der Fakultätsratsvertreter*Innen zur Vernetzung beitragen. Auf gesamtuniversitärer Ebene nimmt der AStA vor allem sein Rederecht im Akademischen Senat aktiv wahr. Hierfür ist auch eine Zusammenarbeit mit den studentischen Vertreter*Innen im AS zu erwägen.

Einen Schwerpunkt in der uniinternen Vernetzungsarbeit legt der AStA auf die aktive Einbindung und Beteiligung von Außenstellen, welche u.a. durch räumliche Trennung vom Campus häufig geringer mit Gremien am Hauptcampus vernetzt sind.

Finanzen der Fachschaftsräte

Wir wollen die Arbeit von FSREn stärken. Eine wichtige Grundlage sehen wir daher im Ausbau der Finanzierung von FSREn. Wir wollen deren Budget an die aktuellen Ausgaben anpassen und deshalb eine Erhöhung überprüfen. Die FSR-Überschüsse der aktuellen Jahre wollen wir in den FSRE-Topf des nächsten Jahres anstatt in den Allgemeinhaushalt überführen. Zudem wollen wir überprüfen, ob und wie dieses Verfahren langfristig festgeschrieben werden kann.

Zur Unterstützung der FSRE wollen wir eine regelmäßige Schulung für Finanzreferent*Innen anbieten und die Grundlagen des Umgangs mit den Finanzrichtlinien verschriftlichen. Hierbei legen wir vor allem Wert auf einen Austausch der FSRE untereinander hinsichtlich Information und Praxis. Im Bezug auf den Austausch zwischen FSREn und AStA liegt zudem ein Schwerpunkt auf den bestehenden Strukturen und eventuelle Schwierigkeiten sowie daraus resultierenden Änderungsmöglichkeiten.

Vernetzung der Fachschaftsräte

Die FSR-Vernetzung besteht für uns auf zwei Ebenen. Zum einen wollen wir den Austausch zwischen AStA und FSREn fördern, zum anderen halten wir eine Vernetzung der FSRE untereinander für sinnvoll. Die Meinungen von FSREn werden im Stupa und AStA ernst genommen und bei der Arbeit berücksichtigt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen wird angestrebt und bei hochschulpolitischen Themen soll eine stärkere Einbindung erfolgen. Den FSREn soll möglichst umfangreich ermöglicht werden, ihre Positionen in der Verfassten Studierendenschaft einzubringen und aktiv zu vertreten. Deshab halten wir ein Antragsrecht für FSRE im Stupa für sinnvoll und laden die FSRE zu StuPa-Sitzungen per e-Mail ein. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind Information und Transparenz entscheidende Schritte. Wir erkennen das bisherige Engagement der FSRE an.

Die Vernetzung von AStA und FSREn soll auf gleichberechtigter Ebene realisiert werden. Der AStA versucht ein weiteres Aufbauen von Hierarchien zu vermeiden und bezieht Positionen und fachliche Expertise der FSRE in Entscheidungen und die eigene Arbeit mit ein. Die Zusammenarbeit besteht aus Informationsaustausch und gegenseitiger Unterstützung sowie gemeinsamen Projekten und

Aktionen. Hierzu gehört auch, Diskurse an der Uni anzustoßen, mitzugestalten und gegebenenfalls gemeinsame Forderungen zu entwickeln. Die Vernetzung soll sowohl zwischen AStA und einzelnen FSRe, als auch zwischen AStA und der Vernetzungsstruktur der FSRe möglich sein und bestehen.

Wir wollen eine Vernetzung der FSRe untereinander anstoßen. Hierfür wollen wir zur Institutionalisierung einer Vernetzungsstruktur personelle Kapazitäten und Infrastruktur zur Verfügung stellen. Für diese Institutionalisierung halten wir es als AStA für notwendig, zur Widerspiegelung der Heterogenität der FSRe, dass sie konsensual und basisdemokratisch organisiert ist. Um zusätzlich die Transparenz zu fördern, sollen die Beschlüsse auf FSR-Versammlungen die Namen aller zustimmenden FSRe enthalten. Über diese Struktur sollen ein Informationsaustausch (z.B. über Aktivitäten und akute Probleme), eine gemeinsame Arbeit und der Austausch über politische Forderungen sowie das Entwickeln gemeinsamer Forderungen ermöglicht werden. An der Struktur sollen sich alle Mitglieder von FSRe gleichberechtigt einbringen und beteiligt sein können.

Der AStA lädt daher zu einer FSR-Versammlung ein. Sie bietet eine Möglichkeit zur Vernetzung und zum weiteren Austausch über Strukturen. Der AStA stellt auf diesem Treffen einen Vorschlag über ein neues FSR Vernetzungs-Gremium vor. Dabei liegt die letztendliche Entscheidung über die Struktur bei den FSRe. Das bedeutet, dass diese sich auch eine Struktur geben können, die von dem AStA-Vorschlag abweicht. Grundlage für eine aktive Unterstützung von Seiten des AStAs sind die im vorigen Absatz genannten Punkte. Das Protokoll dieser Versammlung wird an alle FSRe verschickt und nicht anwesende haben die Möglichkeit, ihre Meinung schriftlich zu diesem Gremium einzubringen.

Der Vorschlag sieht wie folgt aus:

- Wir wollen gemeinsam mit den FSRe eine monatliche FSR-Versammlung institutionalisieren, auf der sich die FSRe vernetzen und Meinungen bilden können. Die Sitzungen sollen im Konsens-Prinzip stattfinden. Wir erkennen die FSR-Versammlung als beratendes Gremium für den AStA an.
- Unterstützend zu der FSR-Versammlung können wir uns ein Wiki zur FSR-Arbeit sowie die Nutzung von Vernetzungsplattformen im Internet gut vorstellen und wollen die Einrichtung dieser anstoßen.
- Zur Organisation und Durchführung, Vor- und Nachbereitung der FSR-Versammlung wollen wir eine Projektkraft mit Fachschaftserfahrung im AStA anstellen. Diese soll über eine offene Ausschreibung vom AStA vorgeschlagen und von den FSRe bestätigt werden.
- Für die Kooperation mit der FSR-Versammlung ist das Referat für Hochschulpolitik zuständig. Die*der Referent*In für Hochschulpolitik und Gremienvernetzung ist für diese Vernetzung zuständig und nimmt regelmäßig an den Treffens des Gremiums teil.
- Die FSR-Versammlung kann für Projekte Gelder beim AStA beantragen. Die Art der Einrichtung eines Budgets für Projekte der FSRe wird im Finanzreferat und Haushaltsausschuss des StuPas geprüft. Außerdem stellt der AStA ein Druckerkontingent für das Gremium bereit.
- Der AStA veröffentlicht die Beschlüsse der FSR-Versammlung auf der Internetseite des AStA.

Wissenschaftliche Hilfskräfte (HiWis)

Der AStA sieht verstärkten Bedarf, Vernetzungsmöglichkeiten für HiWis an der Uni zu schaffen. Daher werden die bestehenden Kämpfe für einen Personalrat unterstützt. Hierfür soll eine Vernetzung mit den HiWis angestrebt werden. Darüberhinaus bilden die Landes-ASten-Konferenz, die GEW-Studies, die Personalräte des wissenschaftlichen und technischen Personals und eventuell die Uni wichtige Vernetzungspartner.

Projekte, die wir als AStA in der Vernetzung anstoßen oder fortführen wollen, sind:

- Die laufende FSRO-Novellierung soll in Zusammenarbeit mit den FSREN zeitnah abgeschlossen werden.
- Die FSRE sollen -sofern das sinnvoll ist - als Organe der Studierendenschaft in der Satzung verankert werden.
- Der AStA erstellt in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien eine Übersicht über vorhandene Gremien.

Landes-AStEn-Konferenz

Wir führen die Vernetzung der AStEn der Hochschulen der Stadt Hamburg in der Landes-AStEn-Konferenz fort. Neben den Treffen der Vorstände streben wir auch die Vernetzung der Fachreferent*Innen an.

Internationale Vernetzung

Wir begrüßen eine internationale Vernetzung mit Hochschulvertreter*Innen anderer Länder. Wir sind offen für Projekte, die diese Vernetzung anstoßen.

Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz

Der AStA strebt an, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität eine starke Stimme zu sein und für die durch ihn vertretenen Interessen zu streiten. Dies benötigt eine gute Öffentlichkeitsarbeit auf dem Campus, in regionalen und ggf. überregionalen Medien sowie eine aktive Vertretung der Interessen gegenüber dem Präsidium und anderen Mitgliedergruppen der Universität.

Hochschuljournalismus

Auf dem Campus sorgt das Öffentlichkeitsreferat für die Vernetzung von hochschuljournalistisch engagierten Studierenden und fördert derartige Bestrebungen ohne auf deren Berichterstattung Einfluss nehmen zu wollen. Der AStA begrüßt das Engagement von UniTV⁶, bietet mit dem Öffentlichkeitsreferat eine Schnittstelle an und treibt den Informationsaustausch voran, wenn dies gewünscht ist.

AStA-Podcast

Der AStA startet im Sommersemester einen jeweils themenzentrierten politischen Podcast mit dem Anspruch interessierte Studierende zu unterhalten und informieren und über politische Themen zu diskutieren. In diesem Rahmen prüft der AStA die infrastrukturelle Unterstützung verschiedener Medienanbieter*Innen. Der Podcast soll auf der Seite des AStA zur Verfügung gestellt und ggf. im Programm verschiedener Medienanbieter*Innen ausgestrahlt werden.

KalendAStA

Zur größeren Präsenz der Arbeit, Angebote und Positionen des AStAs wird an der Erstellung eines KalendAStAs festgehalten. Es soll geprüft werden, inwieweit eine gütstigere Finanzierung ohne kommerzielle Werbung, unter Wahrung sozialer und ökologischer Standards, möglich ist. Außerdem soll der Kalender politisiert werden, u.a. durch besondere Termine, Definitionen und Hinweise auf verschiedenste Betätigungsmöglichkeiten rund um den Campus.

OpenAccess

Der AStA unterstützt die Staatsbibliothek in der Durchsetzung von Open Access und spricht sich für die Open Access Publikation von Forschungsergebnissen aus. Staatlich finanzierte Forschung soll der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Der AStA will ein Open-Access-Repository für Hausarbeiten einrichten, auf der creative-commons-lizenzierte wissenschaftliche Arbeiten für alle Menschen zugänglich gemacht werden können. Gesellschaftlicher Fortschritt beruht auf schon vorhandenem Wissen und wird durch Copyright und Lizenzbestimmungen in unnötiger Weise ausgebremst.

Ebenso wie die Ergebnisse der Forschung sollten auch die Lehrinhalte für alle frei verfügbar sein. Daher tritt der AStA für einen Ausbau des bisherigen Lecture2go-Angebots⁷ und damit für eine weitere Barrierefreiheit des Studiums ein.

Transparenz

Als wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz in der Arbeit des AStA werden zeitnah und gut auffindbar, ausführliche und ansprechend aufbereitete Protokolle der AStA-Sitzungen und Referent*Innenrunden veröffentlicht. Es wird geprüft, einen uniweiten E-Mailverteiler für diese Protokolle und einen RSS-Feed für den Veröffentlichungsbereich der AStA-Präsenz einzurichten.

Verträge mit Dritten werden vom AStA grundsätzlich veröffentlicht, sofern keine rechtlichen Gründe dagegen sprechen. Dazu wird in Rücksprache mit Anwalt*Innen geprüft, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einsicht bzw. Veröffentlichung von Verträgen gestaltet sind. Bei zukünftigen Verträgen soll die Möglichkeit zur Veröffentlichung in die Verträge integriert werden. Ferner prüft der AStA, welche Möglichkeiten Parlamentarier*Innen und parlamentarischen Gremien zur Vertrags Einsicht zur Verfügung stehen und wird den rechtlichen Rahmen hierbei zur Steigerung der Trans-

parenz nutzen. Vor dem Abschluss von längerfristigen und/oder kostspieligen Verträgen werden diese von einer*m Vertragsanwalt*In des AStA geprüft. Soweit es rechtlich möglich ist, werden Verträge nach anwaltlicher Prüfung jedoch vor der Unterzeichnung veröffentlicht.

Im Studierendenparlament soll auf geheime Abstimmungen aus rein taktischen Gründen verzichtet werden, um so das Abstimmverhalten klar den Parlamentarier*Innen zuordnen zu können und die politische Debatte auf dem Campus zu befördern.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die Referent*Innen bieten mindestens einmal wöchentlich eine Sprechstunde an. Die Termine werden auf der Internetseite des AStA veröffentlicht.

Schlussbestimmungen

Der Koalitionsvertrag der in der Präambel genannten Listen verliert mit Ende der Legislatur (15.4.2013) und der Neuwahl eines AStAs seine Gültigkeit und kann im Konsens aller Koalitionslisten geändert werden.

- 1 vgl. Habermas, Jürgen, *Theorie des kommunikativen Handelns*, 1981
- 2 Letzer selbst gegebener Name des teilautonomen Referats, satzungsgemäß (RIS)
- 3 Formal werden erste*r und zweite*r Vorsitzende*r und Finanzreferent*In gewählt
- 4 In der ersten Hälfte der Legislatur arbeiten drei Referent*Innen in diesem Referat
- 5 In der zweiten Hälfte der Legislatur arbeiten zwei Referent*Innen in diesem Referat
- 6 <http://www.unitvhamburg.de/>
- 7 <http://lecture2go.uni-hamburg.de/l2gos>